

Besonders wichtig sind Regelungen bis zur vollen Anwendung des EG-Rechts. Darauf ging der Ministerpräsident ein. Im September dieses Jahres wird uns ein Paket mit Übergangsregelungen präsentiert. Noch vermisse ich die parlamentarische Einbeziehung in den notwendigen Diskussions- und Entscheidungsprozeß. Immerhin geht es darum, einer wirtschaftlich geschwächten DDR auch durch EG-Wirtschaftsförderungsmaßnahmen auf die Sprünge zu helfen. Sonderinteressen haben wir auch im Hinblick auf Quotenregelungen für die Landwirtschaft.

All das macht deutlich, daß wir bis zur Europawahl 1994 einen Interims-Status für die Mitarbeit im Europäischen Parlament für jetzige DDR-Parlamentarier brauchen. Modelle dafür liegen vor.

All dies tangiert den zweiten Staatsvertrag. Sie sehen, wenn wir der Thematik des zweiten Staatsvertrages allein aus außenpolitischer Perspektive gerecht werden wollen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir unsere Sommerferien, so gern wir sie in Ost- oder Westeuropa dieses Jahr verbringen wollten, nicht lieber hier in diesem Haus verbringen sollten. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe nun als letzten Redner von der Fraktion der PDS den Abgeordneten Willerding auf.

Dr. Willerding für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Es wurde hohe Zeit, Herr Ministerpräsident, für Ihre Erklärung. Nachdem mit dem Staatsvertrag bereits Grundsatzentscheidungen zur Einbeziehung der DDR in die Bundesrepublik beschlossen wurden, die 4 + 2 Verhandlungen bereits seit Wochen laufen und eine klare DDR-Position sehr schwer erkennbar war, der deutsche Integrationsprozeß weit vom europäischen abgekoppelt ist, wurde es mehr als dringlich, die Positionen der Regierung zur Lösung der äußeren Aspekte der deutschen Einigung zu hören.

Wir begrüßen Ihre Vorschläge, Herr Ministerpräsident, zum Verzicht der beiden deutschen Staaten auf Herstellung, Besitz, Weitergabe und Stationierung von ABC-Waffen, die drastische Reduzierung der deutschen Streitkräfte, zum Abzug fremder Truppen von deutschem Boden sowie Ihre Zustimmung zu den sowjetischen Vorschlägen bezüglich einer Deklaration der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO. Ich freue mich auch sehr über Ihre Aussagen zur dritten Welt und den Beitrag, den unser Land in Zukunft zur Schaffung und, wie ich meine, nicht nur einer gerechteren Wirtschaftsordnung schaffen muß, sondern einer wirklich gerechten demokratischen Weltwirtschaftsordnung leisten muß.

(Beifall bei der PDS)

Verehrte Abgeordnete! Angesichts der historischen Herausforderung, vor der die Deutschen und auch die Europäer gegenwärtig stehen, scheint uns die Regierung trotz der sehr umfangreichen Reisetätigkeit ihrer Mitglieder im konkreten Handeln passiv zu sein, sofern es die Kernfragen der Prozesse betrifft. Die Kernfrage, und darauf will ich mich hier konzentrieren, um die es wohl geht, und daran redet die Regierung entweder vorbei oder beläßt es bei verbalen Visionen, besteht doch darin, ob sich West und Ost zu einer gemeinsamen Vorstellung über die künftigen Sicherheitsstrukturen in Europa verständigen können, Sicherheitsstrukturen, die nicht mehr auf Konfrontation und Abschreckung, sondern auf der Überwindung der klassischen Blockstrukturen beruhen. Sie haben die Überwindung der Blöcke gefordert, Herr de Maizière. Dem stimmen wir voll zu, doch setzt dies voraus, wie vom Warschauer Vertrag zumindest in der Grundrichtung beschlossen, daß auch die NATO zielstrebig den Weg der Überwindung der Blöcke geht, das heißt, auch die Perspektive ihres eigenen Blockes in Frage stellt. Das Gegenteil scheint mir der Fall zu sein. Man baut auf die bewährte Sicherheits- und Wertegemeinschaft, wie gesagt wird, das heißt, auf al-

te Denkmodelle der Abschreckung, auf altes Denken. Und im Klartext: Die gestrige „Welt“ mit Blick auf den Beginn des NATO-Gipfels heute in London, schreibt: Um jedes Mißverständnis auszuschließen - die NATO hält am Prinzip und auch an den Mitteln der nuklearen Abschreckung grundsätzlich fest, wird aber über die strategischen Elemente, und ich unterstreiche hier die Unterschiede, die flexible Antwort mit dem Ersteinsetz von Atomwaffen und der Vorne-Verteidigung einer Revision unterwerfen. Notwendig ist also wirklich ein Höchstmaß an gutem Willen von allen Seiten, an gutem Willen, der durch Taten unteretzt werden muß. Entscheidend ist unseres Erachtens, welche Rolle die neue deutsche Republik im künftigen Europa sicherheitspolitisch spielen wird. Wird sie sich als Brücke zwischen Ost und West erweisen oder einseitig in ein bestehendes militärpolitisches Bündnis integrieren?

Das, was sich gegenwärtig vollzieht, ist meines Erachtens nicht die Singularisierung Deutschlands, meine Damen und Herren. Es zeichnet sich die Tendenz der Singularisierung der Staaten Osteuropas, besonders der Sowjetunion, ab. Ich glaube, das war doch wohl nicht das Ziel all jener, die sich in den letzten Jahren eingesetzt haben für neues Denken in Europa und in der Welt. Das wird mir sicherlich auch Herr Bahr, der heute anwesend ist, bestätigen können. Sie fordern, Herr Minister Meckel, sicherheitspolitische Sonderregelungen auf dem Gebiet der DDR. Und gleichzeitig implizieren Sie allerdings bereits das Kommen der NATO-Mitgliedschaft. Was heißt dies, frage ich Sie, wenn sich die NATO für das gesamte deutsche Territorium verantwortlich fühlt? Ist es nicht blauäugig, wo jetzt schon in Bonner Stäben darüber nachgedacht wird, wie man auf dem Gebiet der DDR die NVA auflöst und ein überwiegend aus Bundeswehrangehörigen bestehendes Territorialheer stationieren will?

Auch Ihre Aussagen, Herr Eppelmann, zu diesen Fragen erscheinen mir vor diesem Hintergrund widersprüchlich. Sie reden mal vom Territorialheer Ost, mal von einer Armee als Zielstellung, wobei die zeitlichen Dimensionen offen sind und es gewisse kleine Unterschiede dabei geben soll, und lassen die bündnisseitige Statusfrage, also die Frage der NATO, draußen. Ich glaube, wir haben einen Anspruch, die Bürger unseres Landes haben einen Anspruch darauf, daß die Regierung hier klar und ehrlich ihr Herangehen deutlich macht und dem Bürger kein X für ein U vorgemacht wird.

(Zuruf: Das haben wir 40 Jahre gehabt!)

Oft wird argumentiert - und auch Herr Stockmann sprach soeben davon -, daß die Entscheidung über den Beitritt der DDR gemäß Artikel 23 zur BRD die NATO-Mitgliedschaft automatisch zur Folge haben würde. Es sei unmöglich, erklärte der Außenminister kürzlich im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, vor diesem Hintergrund noch Bedingungen zu stellen. Ich kann dem nur sehr schwer folgen, müssen doch, selbst wenn man die sen Weg beschreitet, Modalitäten für die Art und Weise des Beitritts ausgehandelt werden.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte langsam zum Schluß.)

Auch das sieht das Grundsatz vor, daß hier die internationalen Verpflichtungen der beiden Staaten beachtet werden und zu entsprechenden Regelungen zu kommen ist.

Ich meine, daß die Regierung ihrer historischen Verantwortung - gerade im Zusammenhang mit den äußeren Aspekten - in aktiverer Weise nachkommen muß, in dem Sinne, daß eben die sich jetzt bietenden Chancen nicht vertan werden, wie Sie vorhin gesagt haben, Herr Ministerpräsident. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine kurze Anfrage?

Dr. Kney (Die Liberalen):

Herr Willerding, Sie haben hier die „Welt“ zitiert. Ich würde Ihnen empfehlen, doch ausnahmsweise mal Ihr ehemaliges Zen-